

MAGAZIN

erwachsenenbildung.at



Das Fachmedium für Forschung, Praxis und Diskurs

www.erwachsenenbildung.at/magazin

Ausgabe Nr. 1, 2007

Basisbildung - Herausforderungen für den Zweiten Bildungsweg

Erich Ribolits

Alphabetisierung – bloß berufliche Notwendigkeit oder mehr?

Alphabetisierung – bloß berufliche Notwendigkeit oder mehr?

von Erich Ribolits, Uni Wien

Erich Ribolits (2007): Alphabetisierung – bloß berufliche Notwendigkeit oder mehr?
In: Magazin erwachsenenbildung.at. Das Fachmedium für Forschung, Praxis und Diskurs, Ausgabe 1. Online im Internet: <http://www.erwachsenenbildung.at/magazin/meb07-1.pdf>. ISSN 1993-6818. Erscheinungsort: Wien. 19.826 Zeichen. Veröffentlicht Juni 2007.

Schlagworte: Alphabetisierung, Literalisierung, Marktwert, ökonomische Verwendung, Humankapital, humanitärer Wert, Emanzipation

Abstract

Anstrengungen zur Verringerung der unzureichend gegebenen Elementarbildung jener Bevölkerungsgruppe, auf die hierzulande die Bezeichnung „AnalphabetInnen“ zutrifft, werden derzeit – so wie Bildungsbemühungen generell – fast durchwegs unter dem Gesichtspunkt des gesellschaftlichen Tausch- bzw. Marktwerts argumentiert. Sie gelten als eine Investition in die „Ressource Mensch“ – auf einen darüber hinausgehenden humanitären oder politischen Wert wird nur selten Bezug genommen.

Auch wenn die Bedeutung der Kulturtechniken im Rahmen der ökonomischen Verwertung menschlicher Arbeitskraft selbstverständlich nicht ignoriert werden kann, bedeutet die Befähigung der Menschen zur schriftlichen Kommunikation weit mehr als ihre Zurichtung zu verwertbarem Humankapital. Literalität ist ein grundsätzlicher Aspekt der „Menschwerdung“ des Menschen, sie erst ermöglicht dem einzelnen Individuum eine Teilhabe am kulturellen und gesellschaftlichen Leben, darüber hinaus und darauf aufbauend aber auch die fortschreitende Emanzipation des Menschengeschlechts insgesamt.

Die Teilhabemöglichkeit an der menschlichen Gemeinschaft ist nicht bloß ein Vorteil unter vielen anderen, der auf der gleichen Ebene wie die Möglichkeit, seine Arbeitskraft lukrativ verkaufen zu können, angesiedelt ist. Es geht dabei um wesentlich mehr – in letzter Konsequenz um die Überwindung der die Gesellschaft in allen Aspekten bestimmenden Verwertungsprämisse.

Alphabetisierung – bloß berufliche Notwendigkeit oder mehr?¹

von Erich Ribolits, Uni Wien

Fast reflexartig wird heutzutage faktisch jede Bildungsbemühung von der Frage nach ihrem ökonomischen Nutzen begleitet: Ob es sich um Volksschulkinder, Studierende oder BesucherInnen von Erwachsenenbildungskursen handelt – von allen wird im Zusammenhang mit Lernen geradezu reflexartig die Frage nach dem gesellschaftlichen Tauschwert bzw. Marktwert ihrer Lernbemühungen gestellt.

Bildung scheint generell nur mehr als eine Investition in die „Ressource Mensch“ in den Fokus zu gelangen, auf eine darüber hinausgehende humanitäre oder politische Dimension von Bildung wird kaum je Bezug genommen. Diese Aussage gilt selbstverständlich auch für Maßnahmen der Alphabetisierung: Bemühungen, die nicht oder nicht ausreichend gegebene Literalität jener durchaus nicht kleinen Bevölkerungsgruppe zu verringern, auf die in den Industrieländern in irgendeiner Form die Bezeichnung „AnalphabetInnen“ zutrifft, werden heute fast ausschließlich unter dem Gesichtspunkt des gesellschaftlichen Tausch- bzw. Marktwerts argumentiert.

Aus diesem Grund erscheint es mir wichtig, gleich am Anfang meiner Ausführungen klar zu stellen, dass die Hauptzielrichtung dieses Textes eine andere ist. Auch wenn ich in meiner Argumentation ebenfalls auf den Wert der Kulturtechniken im Rahmen der ökonomischen Verwertung menschlicher Arbeitskraft Bezug nehmen werde, geht es mir um etwas, was die ökonomische Dimension weit übersteigt: Ich möchte darauf aufmerksam machen, dass die Befähigung der Menschen zur schriftlichen Kommunikation wesentlich mehr bedeutet als ihre Zurichtung zu verwertbarem Humankapital. Literalität ist – das lässt sich m.E. ohne Übertreibung sagen – ein ganz grundsätzlicher Aspekt der „Menschwerdung“ des Menschen und hat einen Wert, der den durch ökonomische Kosten-Nutzen-Kalkulationen eruierbaren weit übersteigt. Sie erst ermöglicht dem einzelnen Individuum eine echte Teilhabe am kulturellen und gesellschaftlichen Leben, ermöglicht darüber hinaus und darauf aufbauend aber auch die fortschreitende Emanzipation des Menschengeschlechts insgesamt.

¹ Bei vorliegendem Beitrag handelt es sich um die überarbeitete Fassung eines Vortrags, gehalten auf der Tagung des „Netzwerk Alphabetisierung.at“ und des Verbandes Wiener Volksbildung: „Alphabetisierung im Brennpunkt, Synergien und Entwicklung durch Vernetzung“, die am 8. und 9. September 2005 in der Hauptbücherei der Stadt Wien und der VHS Floridsdorf/Wien stattfand.

Denn die Teilhabemöglichkeit an der menschlichen Gemeinschaft ist nicht bloß ein Vorteil unter vielen anderen, der sich auf der gleichen Ebene befindet wie die Möglichkeit, durch die Befähigung zum Lesen, Schreiben und Rechnen seine Arbeitskraft lukrativ verkaufen zu können. Es geht dabei um wesentlich mehr – in letzter Konsequenz um die Emanzipation des Menschen von der „Notdurft des Daseins“ (siehe dazu Pieber 1948), die unter den aktuell gegebenen politisch-ökonomischen Strukturen in der alles dominierenden Verwertungsprämisse ihren Ausdruck findet – also um die Überwindung genau jener ökonomistisch-verkürzten Sichtweise des Menschen, mit der die Notwendigkeit einer fundierten und nachhaltigen Alphabetisierung heute zumeist begründet wird.

Tatsächlich spielen sich ja die Anstrengungen der Menschen, jene Qualifikationen zu erwerben, die sie zu einer attraktiven Ware am Arbeitsmarkt werden lassen, im Rahmen eines Nullsummenspiels ab. Wer durch Lernen oder andere Bemühungen seine Verwertbarkeit am Arbeitsmarkt steigert, mag es zwar schaffen, sich individuell eine bessere Position zu erobern. Am gesellschaftlichen Skandal, dass die in den letzten Jahren möglich gewordenen Produktivitätsfortschritte nicht zu mehr „Freizeit für alle“, sondern bloß zu einem verschärften Konkurrenzkampf um Arbeitsplätze auf der einen Seite und zu einer anwachsenden Arbeitslosigkeit auf der anderen Seite geführt haben, ändert sich dadurch jedoch gar nichts.

Selbstverständlich sind es in Zeiten des Arbeitskräfteüberschusses die jeweils am „wenigsten Brauchbaren“, die aus dem Arbeitskraftverwertungsprozess herausfallen, und dazu gehören vor allem auch Menschen, die mit ihren Fähigkeiten im Bereich der Grundbildung nicht (mehr) an die Mindestanforderungen des Arbeitsmarktes heranreichen. Aber klar ist, auch wenn alle potenziellen Arbeitskräfte optimal geschult wären und genau das könnten, was im wirtschaftlichen Verwertungsprozess angeblich gebraucht wird, würde damit letztendlich kein einziger zusätzlicher Arbeitsplatz entstehen!

Das genau ist der Grund, warum es auch bei der Bekämpfung des Analphabetismus nicht ausreicht, diesen bloß unter dem Gesichtspunkt beruflicher Notwendigkeiten und erhöhter Arbeitsplatzchancen zu betrachten. Erst wenn sich Alphabetisierungsbemühungen an jenem Besonderen des Menschen: seiner Fähigkeit, die ihm auferlegte „Notdurft des Daseins“ abzuschütteln, orientieren, dienen sie der Bildung der Betroffenen und nicht der „Vernebelung ihres Denkens“. Sie bekommen dann eine emanzipatorische, damit allerdings auch – das möchte ich mit aller Deutlichkeit betonen – eine System sprengende Potenz.

Das Ziel von Bildung kann sich niemals darin erschöpfen, Menschen zu befähigen, sich vorgegebenen Bedingungen besser anzupassen – entweder sie zielt auf die Selbstbefreiung des Menschen oder sie führt den Namen „Bildung“ zu unrecht. Auch wenn in der allgemein

verschärften Konkurrenzsituation der letzten Jahre die Idee der Bildung weitgehend dem alles überstrahlenden Ziel der ökonomischen Verwertbarkeit untergeordnet wurde, sollte nicht vergessen werden, dass ihr endgültiges „Aufgeben“ bedeuten würde, die Vorstellung des Menschen als „Souverän seiner selbst“ über Bord zu werfen.

Die Arbeitsmarktintegration von Personen mit unzureichend ausgebildeten Fähigkeiten in der Beherrschung des Lesens und Schreibens wird derzeit in der Tat immer schwieriger. Noch bis in die 70er-Jahre war es für Menschen mit nur mangelhaft oder gar nicht gegebenen Schreib- und Lesefähigkeiten kein gravierendes Problem, einen Erwerbsarbeitsplatz zu finden. Zum einen gab es aufgrund der damaligen Arbeitsorganisation noch eine ausreichende Zahl entsprechend anspruchsloser Arbeitsplätze und zum anderen war die Bereitschaft der Unternehmen, Menschen mit einem derartigen „Handicap“ anzustellen, schon allein deshalb wesentlich größer, weil das damalige Arbeitskräfteangebot vielfach deutlich unter der entsprechenden Nachfrage lag.

Die gewaltigen Produktivitätsfortschritte, bedingt durch die Informations- und Kommunikationstechnologien, sowie die Veränderungen der Arbeitsplatzanforderungen, ebenfalls zuschulden der neuen Technologien, führten allerdings zu einem generellen Schrumpfen des Arbeitsplatzangebotes für Menschen mit geringer Qualifikation. Besonders Personen mit unzureichend gegebenem Alphabetisierungsgrad geraten immer häufiger „unter die Räder“ des verschärften Konkurrenzdruckes am Arbeitsmarkt. Der Rückgang anspruchsloser Jobs verbunden mit einem Anstieg der qualifikatorischen Anforderungen der verbleibenden Arbeitsplatzangebote und ein gleichzeitiger Anstieg der Zahl gut qualifizierter ArbeitsplatzbewerberInnen ließen sie zu einer der HauptverliererInnengruppe im Verdrängungswettkampf am Arbeitsmarkt werden.

Die Situation, dass besser ausgebildete Arbeitskräfte Personen mit einem jeweils niedrigeren Ausbildungsstand von ihrem Arbeitsplatz verdrängen, lässt sich seit einigen Jahren generell am Arbeitsmarkt beobachten. Die letztendlichen VerliererInnen dieses Verdrängungswettkampfes sind selbstverständlich jene, die den Anforderungen der Arbeitswelt am wenigsten entsprechen. Wie immer gilt auch hier: „Den Letzten beißen die Hunde.“ Für Personen dieser Gruppe geht es zwischenzeitlich ums nackte Überleben am Arbeitsmarkt, d.h. darum, ob sie überhaupt einen Zugang zum Arbeitsmarkt finden oder von diesem dauerhaft ausgesperrt sind. Fragen der Arbeitsplatzqualität stellen sich für sie schon längst nicht mehr.

Sogar für Personen, die einen Pflichtschulabschluss, aber keine darüber hinausgehende Ausbildung nachweisen können, und von denen durchaus zu erwarten ist, dass sie die Kulturtechniken im ausreichenden Maß beherrschen, ist es zwischenzeitlich schon recht eng

am Arbeitsmarkt geworden: Ihr Arbeitslosigkeitsrisiko ist doppelt so hoch wie das der restlichen Bevölkerung. Zwar signalisiert die Gesellschaft, indem sie Heranwachsende aus der verpflichtenden Bildung entlässt, die Erwartung, dass diese über eine ausreichende Ausbildung zur Bewältigung ihres Lebens verfügen; tatsächlich sind die Chancen von PflichtschulabsolventInnen oder von Personen, die gar nur die Hauptschule abgeschlossen haben, hinsichtlich ihrer Möglichkeit, durch den Verkauf ihrer Arbeitskraft eine akzeptable gesellschaftliche Position zu erringen, alles andere als „rosig“. Zudem zeigen Untersuchungen, dass in dieser Personengruppe der Anteil der Unkundigen in den Kulturtechniken stetig anwächst.

In Anlehnung an ein Bild des deutschen Soziologen Ulrich Beck (siehe dazu Beck 1986) stellt der Abschluss einer Lehre oder einer weiterführenden Schule zunehmend bereits die Minimalvoraussetzung dar, um überhaupt ins „Vorzimmer des Arbeitsmarktes“ zu gelangen und um dort am Konkurrenzkampf um Arbeitsplätze – also quasi am Konkurrenzkampf um einen Platz im Wohnzimmer – teilnehmen zu dürfen. Allerdings kann man auch diese „Teilnahmeberechtigung am Konkurrenzkampf“ schnell wieder einbüßen, wenn man nicht bereit ist, seine Qualifikation mit Hilfe lebenslangen Lernens permanent einem „Update“ zuzuführen und sich solcherart employabel zu halten. Letztendlich ist jedoch auch die durch Grundausbildung und Weiterbildungsbereitschaft erreichte Position im Vorzimmer des Arbeitsmarktes keine nachhaltige Jobgarantie; viele weitere Faktoren, wie z.B. die Geschlechtszugehörigkeit, das Alter oder die körperliche Einsetzbarkeit, beeinflussen zusätzlich die Chancen für das „Ergattern“ und Behalten eines Arbeitsplatzes.

Personen, die nicht einmal die Minimalerfordernisse in den Kulturtechniken beherrschen, haben im Sinne dieses Bildes nicht bloß eine nicht ausreichende Grundqualifikation, um ins Vorzimmer des Arbeitsmarktes vorgelassen zu werden, ihnen fehlen auch wesentliche Voraussetzungen für das lebenslange Lernen. Denn das lebenslange Lernen stellt ja keineswegs nur eine lineare Fortsetzung der Grundbildung dar; lebenslanges Lernen funktioniert einzig auf Basis selbstständigen Wissenserwerbs und setzt insbesondere die Fähigkeit zum Umgehen mit schriftlich vermittelten Informationen voraus. Zum lebenslangen Lernen benötigt man ausreichende Grundbildung und Literalität; wer über diese verfügt, ist in der Lage, selbstständig zu lernen und seine Grundbildung laufend zu verbessern. Umgekehrt heißt das: Wer nicht ausreichend über Grundbildung und Literalität verfügt, kann nur eingeschränkt selbstständig lernen, womit für ihn auch die Teilhabe am lebenslangen Lernen – zumindest in der aktuell geforderten Form der Anpassung an Modernisierungsprozesse – nur sehr eingeschränkt möglich ist.

Es gibt also wirklich Grund genug, unter Hinweis auf die Nachteile am Arbeitsmarkt, mit denen Menschen ohne ausreichende Literalität heutzutage konfrontiert sind, verstärkt

Alphabetisierungsmaßnahmen zu fordern. Soziale Lage und Analphabetismus hängen auf das Engste zusammen – wobei allerdings nicht vergessen werden darf, dass es sich dabei um ein wechselseitiges Zusammenspiel handelt: Es ist nicht nur so, dass Menschen, die nicht ausreichend Lesen und Schreiben können, deutlich verringerte Chancen haben, am gesellschaftlichen Reichtum zu partizipieren. Menschen aus sozial benachteiligten Bevölkerungsgruppen haben auch von vornherein ein wesentlich höheres Risiko, keine ausreichende Bildung zu erfahren. Diese Aussage wird durch viele Untersuchungen zum Zusammenhang zwischen Bildungsstand und sozialer Lage belegt. Die Ursachen für Analphabetismus sind im Detail zwar noch viel zu wenig erforscht, aber ohne die unumstritten vorhandenen weiteren Einflussfaktoren außer Acht zu lassen, steht fest: Materielle Armut ist auch in den Ländern der so genannten „Ersten Welt“ die primäre Ursache für einen geringen Bildungsstand und selbstverständlich auch für Analphabetismus.

Und dass sich die soziale Schere in den Industrieländern derzeit rasch weiter öffnet, ist für Sie wahrscheinlich keine Neuigkeit. Einem insgesamt steigenden gesellschaftlichen Reichtum steht eine wachsende Zahl von Menschen gegenüber, die arm oder armutsgefährdet sind. Auch in Österreich – einem Land, das zu den so genannten „reichsten Ländern der Welt“ gehört – fallen etwa eine Million Menschen unter die Armutsgefährdungsschwelle, das sind immerhin 13,2% der Gesamtbevölkerung. Fast die Hälfte davon lebt sogar in verfestigter Armut mit entsprechend massiven Einschränkungen des Alltagslebens. Und sehr oft sind das fraglos Menschen, die hinsichtlich ihrer arbeitsmarktrelevanten Qualifikationen ein „Handicap“ nachweisen.

Die Chance dieser Menschen auf einen Erwerbsarbeitsplatz durch Maßnahmen der Nachschulung zu erhöhen und ihnen damit zu helfen, ihre materielle Situation zu verbessern, ist unbestritten äußerst wichtig. In diesem Sinne können auch Alphabetisierungsmaßnahmen zur sozialen Integration der Betroffenen beitragen – allerdings nur im Rahmen und unter den Bedingungen einer „Gesellschaft der wachsenden Ungleichheit“!

Es ist mindestens genauso wichtig, die Grundsatzfrage nach den Kriterien der Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums zu stellen. Denn die Gesellschaft zerfällt nicht deshalb in vorgebliche „GewinnerInnen“ und „VerliererInnen“, weil die einen besser und die anderen schlechter erlernt haben, was sie am Arbeitsmarkt „brauchbar“ macht. Die Aufteilung des Arbeitsproduktes auf die Gesellschaftsmitglieder und die Größe des Unterschieds ihrer materiellen Lebensbedingungen sind von politischen Prämissen abhängig und können somit auch nur politisch und nicht durch Qualifizierungsmaßnahmen gelöst werden!

Genau deshalb ist es wichtig, dass das Selbstverständnis der Bildungsmaßnahmen nicht einseitig aus der Absicht abgeleitet wird, Menschen für den ökonomischen Konkurrenzkampf

fit machen zu wollen, sondern dass es sich an einem Menschenbild orientiert, das den Wert des Menschen außerökonomisch definiert.

Die Idee der Bildung stellt in modernen Gesellschaften eines der letzten Refugien dar, in dem die Vorstellung Asyl gefunden hat, dass jeder Mensch eine aus sich selbst begründete Würde hat, die unabhängig von seinem gesellschaftlichen Nutzen und seiner Brauchbarkeit gegeben ist. Bildungsbemühungen nur mehr unter dem Gesichtspunkt des Zurichtens für den Kampf um attraktive gesellschaftliche Positionen zu argumentieren, impliziert das Akzeptieren einer Gesellschaft, in der Menschen nur mehr Humankapital sind und keine Würde, sondern bloß noch einen Wert haben, der sich linear aus ihrer Verwertbarkeit im Prozess des Verwandeln von Geld in mehr Geld ableitet. – Eine Gesellschaft also, in der es nur mehr einen Wert gibt – nämlich den, der sich in „barer Münze“ ausdrücken lässt, und in der demgemäß auch der Mensch gerade noch so viel Wert hat, wie er finanziell einbringt. Eine Gesellschaft schlussendlich, die die Hoffnung aufgegeben hat, allen Gesellschaftsmitgliedern eine gleichberechtigte Teilhabe an den historisch jeweils gegebenen Entfaltungsoptionen zu ermöglichen.

Dies alles zu durchschauen und sich aus dieser Erkenntnis heraus für eine Gesellschaft jenseits der Verwertungsprämisse einzusetzen, setzt wieder Bildung voraus. – Eine Bildung allerdings, die Menschen nicht zu Konkurrenzmonaden erzieht, sondern ihnen hilft, sich als Wesen zu begreifen, deren Besonderheit darin liegt, den in der Natur allgegenwärtigen Kampf „jede/r gegen jede/n“ überwinden zu können. Den „VerliererInnen“ im Konkurrenzkampf muss die Chuzpe der ideologischen Behauptung, dass alle – Tüchtigkeit und entsprechendes Bemühen vorausgesetzt – zu den „GewinnerInnen“ gehören können, bewusst werden, denn sie sind es, auf deren Rücken diese Illusion aufrechterhalten wird. Erst wenn dieses Erkennen einsetzt, besteht die Chance für eine Weiterentwicklung der Gesellschaft in Richtung mehr Humanität.

Im Sinne des großen Erwachsenenpädagogen Paulo Freire (siehe dazu Freire 1970) geht es bei Maßnahmen der Alphabetisierung in besonders hohem Maß um das Wecken des kritischen Bewusstseins jener, die durch die gesellschaftlichen Strukturen in ihrer Macht beschnitten sind. Erst dann wird Alphabetisierung zu einem – wie er es ausdrückt – revolutionären Akt, der dazu führt, dass Menschen sich ihrer prinzipiellen Freiheit bewusst werden und kraft dieses Bewusstseins auch deren gesellschaftliche Umsetzung – die Überwindung des Werts als gesellschaftliche Steuerungskategorie – einfordern.

Literaturverzeichnis

Weiterführende Literatur

Beck, Ulrich (1986): Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt am Main.

Freire, Paulo (1970): Pädagogik der Unterdrückten. Bildung als Praxis der Freiheit. Stuttgart.

Pieber, Josef (1948): Muße und Kult. München.

Weiterführende Links

Friesenbichler, Bianca (2007): Paulo Freire: http://www.erwachsenenbildung.at/magazin/meb07-1_14_friesenbichler.pdf



Foto: K. K.

Univ.-Prof. Dr. Erich Ribolits

Leiter der Forschungseinheit „Aus- und Weiterbildungsforschung“ des Instituts für Bildungswissenschaften an der Universität Wien.

Erich Ribolits studierte Pädagogik als Hauptfach, Politikwissenschaft als Nebenfach. Er ist Ing. für Elektrotechnik. Zuerst war er als Techniker, später als Berufsschullehrer, dann über viele Jahre hinweg in der Aus- und Weiterbildung von LehrerInnen berufsbildender Schulen sowie als Lehrender und Gastprofessor an verschiedenen österreichischen Universitäten gleichwie als Lehrender in der Erwachsenenbildung tätig. Seit mehr als zwei Jahren ist er dem Institut für Bildungswissenschaften der Universität Wien zugeordnet, dort ist er aktiv in der Forschung und Lehre tätig. Die Forschungsschwerpunkte von Erich Ribolits sind: Berufliche Ausbildung (insbesondere Lehrlingsausbildung) und das Verhältnis von Arbeit, Bildung und Gesellschaft.

E-Mail: erich.ribolits@univie.ac.at

Internet: <http://institut.erz.univie.ac.at/home/fe6/ribolits>

Telefon: +43 (0)1 4277-46785

Impressum/Offenlegung

Magazin erwachsenenbildung.at

Das Fachmedium für Forschung, Praxis und Diskurs

ISSN: 1993-6818

Gefördert aus Mitteln des ESF und des bm:ukk

Projekträger: Bundesinstitut für Erwachsenenbildung

Projektpartner: Institut EDUCON – Mag. Hackl

Herausgeberinnen

Mag.^a Regina Rosc (Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur)

Dr.ⁱⁿ Margarete Wallmann (Bundesinstitut für Erwachsenenbildung)

Medieninhaber und Herausgeber



Bundesministerium für Unterricht,
Kunst und Kultur
Minoritenplatz 5
A - 1014 Wien



Bundesinstitut für Erwachsenenbildung
Bürglstein 1-7
A - 5350 Strobl

Fachredaktion

Mag.^a Barbara Daser (ORF Radio Ö1, Wissenschaft/Bildung)

Univ.-Prof.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ Elke Gruber (Alpen-Adria-Universität Klagenfurt)

Mag. Wilfried Hackl (Institut EDUCON)

Dr. Christian Kloyber (Bundesinstitut für Erwachsenenbildung)

Dr. Lorenz Lassnig (Institut für höhere Studien)

Dr. Arthur Schneeberger (Institut für Bildungsforschung der Wirtschaft)

Dr. Stefan Vater (Verband Österreichischer Volkshochschulen)

Namentlich ausgewiesene Inhalte entsprechen nicht zwingend der Meinung der Redaktion.

Online-Redaktion

Mag. Wilfried Hackl (Institut EDUCON)

Bianca Friesenbichler (Institut EDUCON)

Lektorat

Mag.^a Laura R. Rosinger (Textconsult)

Design und Programmierung

wukonig.com | Wukonig & Partner OEG

Medienlinie

Das Magazin enthält Fachbeiträge von AutorInnen aus Wissenschaft und Praxis und wird redaktionell betrieben. Es richtet sich an Personen, die in der Erwachsenenbildung und verwandten Feldern tätig sind sowie an BildungsforscherInnen und Studierende. Jede Ausgabe widmet sich einem spezifischen Thema. Ziele des Magazins sind die Widerspiegelung und Förderung der Auseinandersetzung über Erwachsenenbildung seitens Wissenschaft, Praxis und Bildungspolitik. Weiters soll der Wissenstransfer aus Forschung und innovativer Projektlandschaft unterstützt werden.

Copyright

Wenn nicht anders angegeben, erscheinen die Artikel des „Magazin erwachsenenbildung.at“ unter der „Creative Commons Lizenz“. BenutzerInnen dürfen den Inhalt zu den folgenden Bedingungen vervielfältigen, verbreiten und öffentlich aufführen:

- Namensnennung und Quellenverweis. Sie müssen den Namen des/der AutorIn nennen und die Quell-URL angeben.
- Keine kommerzielle Nutzung. Dieser Inhalt darf nicht für kommerzielle Zwecke verwendet werden.
- Keine Bearbeitung. Der Inhalt darf nicht bearbeitet oder in anderer Weise verändert werden.
- Nennung der Lizenzbedingungen. Im Falle einer Verbreitung müssen Sie anderen die Lizenzbedingungen, unter die dieser Inhalt fällt, mitteilen.
- Aufhebung. Jede dieser Bedingungen kann nach schriftlicher Einwilligung des Rechtsinhabers aufgehoben werden.

Die gesetzlichen Schranken des Urheberrechts bleiben hiervon unberührt.

Im Falle der Wiederveröffentlichung oder Bereitstellung auf Ihrer Website senden Sie bitte die URL und/oder ein Belegexemplar an redaktion@erwachsenenbildung.at oder postalisch an die Online-Redaktion des Magazin erwachsenenbildung.at, c/o Institut EDUCON, Bürgergasse 8-10, A-8010 Graz, Österreich.